Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1509. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 263. Donnerstag, 11. November 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Kurzschluß-Taktik.

Die Vorgänge in der letzten Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses lassen erkennen, daß die Deutschnationalen nicht gesonnen sind, mit ihrer nun einmal eingeschlagenen Taktik auf halbem Wege stehen zu bleiben. Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage ereignete es sich, daß die Deutschnationalen, nachdem ihr eigener Antrag einer Ablehnung anheimgefallen war, ihre Stimme einem ausgesprochenen Agitationsantrag der Sozialdemokraten liehen, was diesem unzweckmäßigen Vorschlag die Mehrheit garantierte. Was die Deutschnationalen mit ihrem neuen Verhalten bezwecken, ging schon aus der Erklärung hervor, die Graf Westarp vor einigen Tagen nach der Abstimmung über die Erhöhung der Erwerbslosenbezüge im Reichstagsplenum abgab. Diese neue Taktik soll lediglich bezwecken, die Minderheitsregierung zu zwingen, stabile Mehrheitsverhältnisse herbeizuführen und schließlich auch die Stellung von Agitationsanträgen unmöglich zu machen. Inwieweit die deutschnationale Taktik sich ihrem Ziel bereits genähert hat, läßt sich heute schwer sagen. Jedenfalls hat man festzustellen, daß sie in den Reihen der Parlamentsfraktionen eine ungeheure Verwirrung angerichtet hat, die vielleicht gerade wegen des nicht mehr zu lösenden Wirrwarrs zu einer Entscheidung zwangsläufig zwingt. Man konnte auch feststellen, daß sich in den Kreisen der Regierungsparteien Stimmen bemerkbar zu machen versuchen, die energisch auf die Verwirklichung der gleichen Forderungen dringen, die sich die Deutschnationalen zu eigen gemacht haben.

So veröffentlichte das Mitglied der Zentrumsfraktion Andree in der „Germania" einen längeren Artikel, in welchem er auf das Untragbare der augenblicklichen parlamentarischen Verhältnisse fußend mit erfreulicher Energie verlangt, daß eine Konsolidierung der gegenwärtigen Regierungsverhältnisse unbedingt zu erfolgen habe: „Das Ansehen des deutschen Reichstages verlangt gebieterisch, daß mit der großen Ausgabenbewilligung Schluß gemacht wird und daß feste Mehrheitsverhältnisse zur Durchführung der der Regierung und dem Reichstag gestellten großen Aufgaben notwendig sind." Man beachte die Feststellung dieses Zentrumsabgeordneten: „Die Sozialdemokratische Partei ist indirekt zur Unterstützung der bestehenden Minderheitsregierung bereit, nur nach außen lehnt sie die Verantwortung für das, was unangenehm in der Erwerbslosenfürsorge ist, ab und versucht gleichzeitig, die Erfolge für sich einzuheimsen. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist die Haltung der Deutschnationalen, die auf eine Klärung der parlamentarischen Lage hinarbeiten, verständlich."

Eine endgültige Klärung der parlamentarischen Lage, das ist Ziel und Zweck des Vorstoßes, den die Deutschnationalen konsequent durchzuführen beabsichtigen. Es ist ein Unding, wenn eine Minderheitsregierung auf die Dauer versucht, mit wechselnden Mehrheiten, bald mit rechts, bald mit links ihre Vorlagen durchzubringen. **Denn schließlich mit einer Ausgabenfreudigkeit allein ist der günstigen Entwicklung des deutschen Volkes wenig genützt. Der ausgabenfreudigen Mehrheit eines Parlaments hat sich auch eine Mehrheit beizugesellen, die die Verantwortung für die Aufbringung der für diese Ausgaben notwendigen Mittel übernimmt.**

Der weitere Verlauf dieser denkwürdigen Sitzung des sozialpolitischen Reichstagsausschusses zeigt immerhin, daß man in Kreisen der Regierungsparteien geneigt ist, den Erkenntnissen auch Auswirkungen folgen zu lassen. Wenn der Wortführer der Zentrumspartei im Ausschuß erklärt, daß die Mitglieder des Zentrums sich nicht mehr an den Beratungen des Ausschusses beteiligen könnten, bis eine Klärung der Mehrheitsverhältnisse erfolgt sei, so dürfen die Deutschnationalen immerhin das Bewußtsein für sich in Anspruch nehmen, ein gut Stück Weg vorwärts gekommen zu sein.

Sollte die bisher in den Kreisen des Zentrums nur vereinzelt sich bemerkbar machende Erkenntnis über die Notwendigkeit einer endgültigen Klärung Allgemeingut der Regierungsparteien werden (woran nicht zu zweifeln ist), so hat sich die Frage zu erheben, in welcher Richtung diese Klärung zu suchen ist. Aus Regierungskreisen hört man jetzt schon die Losung: **Große Koalition oder Auflösung.** Das Wiederauftauchen des Gedankens der großen Koalition im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen im Reichstag berührt doch etwas seltsam. Zumal, wenn man im Berliner Tageblatt, also einem immerhin maßgebenden Organ einer der Regierungsparteien, liest, daß das Verhalten des sozialdemokratischen Vertreters im sozialpolitischen Ausschuß außerordentliches Befremden hervorgerufen habe, ein Verhalten, das ganz unverständlich sei.

Wenn auch gewisse Voraussetzungen für ein sachliches Zusammenarbeiten der bisherigen Regierungsparteien mit der Rechten nicht von der Hand gewiesen werden können, so hat man dennoch demgegenüber festzustellen, daß wenigstens beim linken Flügel der heutigen Regierungsparteien eine solche Möglichkeit recht wenig erwogen wird. So muß im Augenblick wenigstens die Frage nach der Möglichkeit einer Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts offen gelassen werden.

Als letzter Ausweg aus der verworrenen Krise bliebe die Auflösung des Reichstages. Ob die Regierung von diesem letzten Mittel wirklich Gebrauch machen will, ist zweifelhaft. Zumal man sich nicht der Vermutung entziehen kann, daß Neuwahlen das Bild der augenblicklichen Parlamentsverhältnisse wenig ändern werden. So wird man doch schließlich wieder auf den Zielpunkt der Taktik zurückkommen müssen, der weiter nichts verwirklichen will, als ein normales parlamentarisches Mehrheitsverhältnis, das allein einen ruhigen Gang und eine gute Arbeit unserer Abgeordneten-Körperschaft gewährleistet.

Gemeinsame Kundgebung der deutschen Wirtschaft.

)(**Berlin, 10. November.** Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft (Deutscher Industrie- und Handelstag, Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der Deutschen Industrie, Zentralverband des Deutschen Großhandels, Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Reichsverband des Deutschen Handwerks, Reichsverband der Privatversicherung) fanden sich heute nachmittag in einer gemeinsamen und überaus stark besuchten Kundgebung in Berlin zu einer Protestaktion zusammen, die eine Darstellung der Gefahren zum Thema hatte, welche nach Ansicht der beteiligten Kreise der Wirtschaft aus der zunehmenden Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben sowie aus sonstigen Beschränkungen und Beeinträchtigungen das Privateigentum bedrohen. Die Kundgebung war von rund 1000 Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Wirtschaft besucht. Man sah u. a. Generaldirektor Silverberg, Geheimrat Bücher, Geheimrat Louis Hagen, Geheimrat Dr. Rieser, aus der Bankwelt Geheimrat Steinthal, die Direktoren Michalewski und Dr. Sintenis, Dr. Solmssen, Dr. Russel und Geheimrat Dr. Frisch, den Präsidenten der Berliner Industrie- und Handelskammer Franz v. Mendelssohn sowie die Vertreter der Ministerien und der Parlamente.

Einleitend kennzeichnete der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Petzl, Dr. Duisberg, den Zweck der Kundgebung. Aus dem zahlreichen Erscheinen der Vertreter der Behörden und der Parlamente schloß er, daß sich die Regierung der schweren Verantwortung bewußt sei, die sie in wirtschaftspolitischer Hinsicht trage. Durch die Beteiligung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben, die nach dem Kriege in zunehmender Maße eingesetzt habe, sei vor allem der industrielle Mittelstand und das deutsche Handwerk gefährdet.

Zu dem Thema der Kundgebung sprachen Generaldirektor Dr. Toepffer, Präsident der Industrie- und Handelskammer Stettin, Fabrikbesitzer Frowein, Vizepräsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Klempnermeister Derlien, Vorsitzender des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, Bankdirektor Dr. Eduard Mosler als Vertreter des Bank- und Bankiergewerbes, Geheimrat Dr. Ludwig Ravené, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels Senator Max als Vertreter des Einzelhandels, Versicherungsdirektor Hilgard als Vertreter der öffentlich-rechtlichen Versicherungsanstalten, Freiherr von Kerckerinck zur Borg, Präsident der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine.

Die Spitzenverbände haben sich als Ergebnis der Kundgebung auf eine

Entschließung

geeinigt, die u. a. feststellt:

Deutschlands Wirtschaft sei wesentlich Privatwirtschaft. Die private Wirtschaft sei demnach im wesentlichen auch die Trägerin der vom Reich, den Ländern und den Gemeinden auferlegten Lasten. Unter diesen Umständen dürfe die Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft nicht weiter dadurch gefährdet werden, daß Unternehmungen, welche unmittelbar oder mittelbar von Reich, Ländern und Gemeinden bezw. Gemeindeverbänden betrieben werden, mit den privaten Gewerbetreibenden des gleichen Erwerbszweiges in Wettbewerb treten. Die Uebersetzung einer Reihe von Berufszweigen durch die übergroße Zahl der darin tätigen Betriebe sei durch den Wettbewerb der öffentlichen Hand wesentlich vergrößert worden. Unter keinen Umständen dürfe die von der Privatwirtschaft aus Nationalisierungsgründen herbeigeführte Betriebsverminderung in ihrem Zwecke dadurch vereitelt werden, daß an die Stelle eingezogener privater Unternehmungen oder Betriebsstellen solche der öffentlichen Hand treten. Die Abwehr gegen die Eingriffe der öffentlichen Hand müsse sich auch gegen alle Bestrebungen richten, die das Privateigentum an Grund und Boden antasten, den freien Grundstücksverkehr durch ein kommunales Bodenmonopol beseitigen wollen und die Produktivität und Kreditfähigkeit der Landwirtschaft durch staatliche oder kommunale Eingriffe zu gefährden drohen.

Die Spitzenverbände erwarteten, daß diese Grundsätze bei allen gesetzgeberischen Beratungen, welche die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand zum Gegenstand haben, insbesondere bei der Gestaltung der preußischen Städteordnung und der Landgemeindeordnung, ferner aber auch bei der Beratung des Bodenreformgesetzes und des preußischen Städtebaugesetzes und bei der Beratung des Etats und der Steuergesetze Berücksichtigung finden.

In seinem Schlußwort wies Geheimrat Duisberg auf die der Oeffentlichkeit vorgelegte Denkschrift „Die öffentliche Hand in der privaten Wirtschaft" hin. Er betonte, daß das Privateigentum und das Recht des Einzelnen zur freien und selbständigen Betätigung zu den höchsten Gütern des deutschen Volkes zählen, und daß das Eingreifen der öffentlichen Hand umso gefährlicher sei, als auf der deutschen Wirtschaft die Reparationslasten ruhen. Der Redner stellte fest, daß die Spitzenverbände, die die Kundgebung einberufen haben, die Subventionswirtschaft ausdrücklich mißbilligen. Die Stellungnahme der Wirtschaftsverbände sei nicht zu werten als ein privater Interessentenstandpunkt, sondern sie sei eingegeben von der Sorge um die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und des ganzen deutschen Volkes.

Reichsminister Külz über das Jugendschutzgesetz.

)(**Berlin.** Prof. Brunner, der in seiner früheren Eigenschaft als Gutachter der Zensurstelle des Berliner Polizeipräsidiums von der Linken scharf angegriffen wurde, hat jetzt vor den Augen der Linken Gnade gefunden, weil er **Einwendungen gegen das Schundliteraturgesetz** des Reichsinnenministers Dr. Külz erhoben hat. Prof. Brunner hat die wichtigsten seiner Bedenken dem Reichsinnenminister Dr. Külz vorgetragen.

Auf die Frage, wie sich die Reichsregierung die Durchführung des Gesetzes vorstelle, erwiderte **Minister Dr. Külz, daß jeder ethisch normal empfindende Mensch fühle, ob ein Erzeugnis Schmutz oder Schund sei und auch fühle, ob von ihm eine Ueberreizung der Phantasie der Jugendlichen und eine verrohende, entsittlichende Wirkung zu befürchten sei.** Auf eine weitere Frage erklärte der Minister, daß die Prüfstellen nach dem jetzigen Stande der Verhandlungen im Reichsrat auf höchstens fünf beschränkt werden sollen. Das ausdrücklich vorgesehene **Einspruchsrecht des Reiches,** sowie **eines jeden Landes,** auch des zunächst unbeteiligten, biete ein wirksames Gegengewicht gegen die Ausdehnung einer etwaigen einseitig unter allzu engen landschaftlichen Gesichtspunkten getroffenen Entscheidung einer Prüfstelle auf das ganze Reich, überhaupt gegen einen Mißbrauch des Gesetzes zu anderen Zwecken als den von der Regierung im Sinne der Verfassung beabsichtigten. Weiter erklärte der Minister, daß **Verhandlungsverfahren** solle ganz und gar nicht geheim sein. Der beteiligte Verleger werde jeweils geladen. Er könne den Verfasser und etwaige Sachverständige mitbringen und habe die im sonstigen Gerichtsverfahren gewährleisteten Verteidigungsmöglichkeiten. Diese Regelung werde bindend in der Ausführungsverordnung getroffen werden, die der Reichsminister des Innern mit Zustimmung des Reichsrats erläßt. Auf die Frage, was der Minister von der beigefügten Musterliste von Schundheftreihen halte, erwiderte der Minister, die Liste komme für die gesetzliche Regelung der ganzen Frage überhaupt nicht mehr in Betracht.

Das Wahlergebnis in Griechenland.

* **Berlin.** Nach einer Meldung der Morgenblätter aus Athen liegen die **offiziellen Wahlergebnisse** der ersten und zweiten Mandatsverteilung vor. Von 286 Kammersitzen im ganzen kamen bisher zur Verteilung 277 Sitze. Es bleiben für die dritte Sitzverteilung nur noch 9 Sitze. Es entfallen bisher auf die Demokraten 148 und auf die Royalisten 119. Außerdem wurden gewählt 8 Kommunisten und 2 Macarier.

Entspannung der innerpolitischen Lage?

)(**Berlin.** Die Blätter sprechen in ihren Berichten über die gestrigen Besprechungen im Reichstage von einer **Entspannung der innerpolitischen Lage.**

Die **„Tägl. Rundschau"** schreibt: Schon aus dem Bemerken des sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller im Plenum, es sei im Interesse der Arbeitslosen zunächst wichtiger, dafür zu sorgen, daß die Beratungen im sozialpolitischen Ausschuß wieder in Gang kommen, konnte man folgern, daß bei den Sozialdemokraten nicht die Neigung besteht, die parlamentarische Krisis zu überspannen. Die Regierung wird sich jedenfalls um die Beilegung des Konflikts bemühen. Der Reichskanzler hat bereits gestern abend den Abg. Hermann Müller empfangen. — Nach der **„Voss. Ztg."** wurde bei den gestrigen internen Besprechungen der Fraktionsvorstände der Regierungsparteien die Auffassung vertreten, daß auf eine Klärung der Mehrheitsverhältnisse gedrängt und Sicherheit dafür geschafft werden müsse, daß sich die Vorgänge wie im Plenum am Montag und Dienstag und im sozialpolitischen Ausschuß nicht wiederholen. — Dem **„Berl. Tagebl."** zufolge hat man bei den Regierungsparteien den Eindruck, daß die Sozialdemokraten zu einem gewissen Einlenken bereit seien. — Auch der **„Vorwärts"** spricht von der Bereitschaft der sozialdemokratischen Partei, diesem unwürdigen Zustande ein Ende zu machen."

Sozialdemokratie und Regierungsbildung.

Dresden. In einer gemeinsamen Sitzung der Landesinstanzen der Sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion wurde folgendes beschlossen:

Die Sozialdemokratische Partei bekundet ihren ernsten Willen, den Versuch zur Bildung einer sozialdemokratischen Regierung zu machen und wird als die stärkste Partei des Landtages die Initiative ergreifen, indem sie ein Regierungsprogramm aufstellen und einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vorschlagen wird. Die Sozialdemokratische Partei fordert die sofortige Einberufung des Landtages, sobald das amtliche Wahlresultat festgestellt ist.

Die Räumung Andernachs.

)(**Andernach.** Die Räumung der Stadt durch die Franzosen, die vor etwa acht Tagen eingeleitet worden ist, ist nunmehr vollständig durchgeführt. Die Stadt ist vom Dezember 1918 bis Dezember 1922 besetzt gewesen.